

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinst täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, bezugspreis bei Bestellungen monatlich 2 M., durch unsere Vertreter gegen Nachnahme in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postämter und Postboten haben unsere Anzeigen und Geschäftsstellen kostenlos bezogen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen, bei der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises.



Insertionspreis 20 Pf. für die 6-spaltige Receptzeile oder deren Raum, Anzeigen, die 2-spaltige Receptzeile 10 Pf. Bei Wiederholung und Interessenausgleich entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen, im amtlichen Teil (für den Behörden) die 2-spaltige Receptzeile 20 Pf. Nachzahlungsbetrag 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormitags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt wir keine Garantie. Jeder Anzeigenspruch erlischt, wenn der Betrag durch Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anstalt gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästler, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 293

Freitag den 16. Dezember 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Die bis jetzt von der Bauverwalterei Meissen bewirkten Kassengeschäfte sind am 12. d. M. auf die bei dem Straßen- und Wasser-Bauamt Meissen, Hasenstraße 45, eingerichtete Kasse übergegangen.

Meissen, am 14. Dezember 1921. Straßen- und Wasser-Bauamt.

Freitag den 16. Dezember 1921 vormittags 9 bis 1 Uhr

Ausgabe der neuen Brotmarken.

Die Abholung der Marken hat unbedingt an dem bekanntgemachten Tage zu erfolgen. Wilsdruff, am 14. Dezember 1921. Der Stadtrat.

Grumbach.

Dienstag den 20. Dezember 1921 abends 6 Uhr im Gasthof, oberes Zimmer

Öffentliche Schulausschuß-Sitzung.

Tagesordnung an der Bekanntmachungstafel.

Freitag den 16. Dezember 1921 nachmittags von 2—5 Uhr im Gemeindeamt

Brotmarken-Ausgabe

in der üblichen Reihenfolge.

Grumbach, am 15. Dezember 1921.

Der Gemeindevorstand.

Kesselsdorf.

Die Ausgabe der Brotmarken für die kommende Versorgungsperiode erfolgt am Freitag den 16. Dezember 1921 vormittags von 10—12 Uhr im Gemeindeamt. Die vorgeschriebene Zeit ist unbedingt innezuhalten.

Kesselsdorf, am 15. Dezember 1921. Der Gemeindevorstand.

Die Herren Gemeindevorstände des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff

machen wir hiermit darauf aufmerksam, daß die Brotmarken für die nächste Versorgungszeit von jetzt ab gegen Ausweis bei uns abgeholt werden können. Der Ausweis muß mit der Unterschrift des betr. Gemeindevorstandes und dem Gemeindestempel versehen sein.

Geschäftsstelle des „Wilsdruffer Tageblatt“.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung hat an die Pariser Wertschatterkonferenz eine Note gerichtet, worin Regulierung und Ersatz der durch die polnischen Ausschüsse verursachten Schäden gefordert wird.

* Die Krankenversicherungsgrenze soll nach einem dem Reichstage zugangenen Gesetz bis zu einem Einkommen von 40 000 Mark heraufgesetzt werden.

* Der Dollar notierte an der Berliner Mittwochsbörse 176 M.

* Der französische Senator de Rouffe soll Vorschläge Frankreichs in Berlin werden. De Rouffe hat eine Deutsche zur Frau.

* Ungarn schafft die allgemeine Wehrpflicht ab und beschränkt das Heer auf 35 000 Mann.

* Das Viermächte-Abkommen (Amerika, England, Frankreich, Japan) zur sechsbändigen Regelung aller Fragen des Äthiopen Ozeans ist in Washington unterzeichnet worden.

Aus eigener Kraft?

Tiefer und undurchdringlicher als je ist das Geheimnis, das augenblicklich über den Plänen der deutschen Regierung im Hinblick auf die wichtigste Gegenwartfrage, die Regelung unserer Zahlungsverbindlichkeiten an die Entente, liegt. Der Reichskanzler hatte in Aussicht gestellt, daß er nach der Rückkehr Dr. Rathenau's von London wohl in der Lage sein würde, einige wichtige neue Mitteilungen über die Behandlung dieses Problems zu machen, er hat sich aber nun doch auf ganz wenige Worte für die Öffentlichkeit beschränkt, aus denen beim besten Willen nichts tatsächlich Neues entnommen werden kann. Besonders an der Börse, wo man mit erklärlicher Spannung auf die angekündigten Mitteilungen des Kanzlers wartete, ist man daher sehr recht enttäuscht und zieht den Schluß, der Kanzler habe nichts sagen wollen, weil er überhaupt nichts zu sagen gehabt habe.

Die Mitteilung des Kanzlers, daß der Gesandtschaftsbericht über die Kreditvereinbarung des Gewerbes eine gezielte Grundlage bilden könne, auf der Deutschland an der Regelung seiner Zahlungsverbindlichkeiten mitzuarbeiten imstande wäre, verschiebt das Schwerkraft des ganzen Problems wieder nach unserer Seite, nachdem wochenlang die Aussicht bestanden hatte, daß eine ausländische Aktion, sei es nun in Gestalt einer Anleihe, eines Zahlungsausschusses oder anderweitiger Vereinbarungen unter den Verbündeten zum Zwecke einer Herabsetzung der deutschen Leistungen den Mittelpunkt der Neuregelung bilden würde. Ob Dr. Rathenau in London die Zusage einer Anleihe oder eines Moratoriums erhalten hat, ist heute noch das Geheimnis einiger ganz weniger Eingeweihten, zu denen nicht einmal sämtliche Reichsminister zählen. Nur soviel weiß man, daß, wenn eins von beiden der Fall sein sollte, dann so schwerwiegende Bedingungen daran geknüpft sind, daß der praktische Wert eines solchen Zugeständnisses außerordentlich herabgemindert wird. Vor allem scheint festzustellen, daß irgendwelche Erleichterungen, die wir vom Auslande zu erwarten hätten, noch nicht für die nächste große Zahlung vom 15. Januar in Wirksamkeit treten würden, sondern voraussichtlich frühestens für die übernächste Zahlung am 15. Februar. Nun herrscht zwar in Regierungskreisen eine gewisse Zurechtweisung, daß man denjenigen Teil der Zinsarrange, der bis jetzt noch nicht durch Devisenbestände gedeckt ist, aus eigener Kraft aufbringen könne. 500 Millionen sollen gezahlt werden, und es heißt, daß davon noch rund 150 Millionen fehlen. Ob es aber möglich sein wird, durch eine Anwendung des vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen Gesetzent-

wurfes über die Kreditvereinbarung diese Riesensumme in so kurzer Zeit flüssig zu machen, wird stark bezweifelt, und es bleibt dann nur übrig, auf die Goldreserven der Reichsbank zurückzugreifen. Das wäre aber eine Maßnahme, die zweifellos sehr unglücklich auf den Stand der Valuta zurückwirken müßte, denn jede Schwächung der an sich schon zu überaus geringen Golddeckung unserer Papiergeldflut entwertet natürlich die deutsche Mark noch stärker. Deshalb ist man bisher auch vor diesem letzten Schritt immer zurückgeschreckt.

In Regierungskreisen werden darüber hinaus auch politische Maßnahmen von größerer Tragweite erwogen, so z. B. wird der Plan der Erweiterung der Regierungsbasis, wie immer in kritischen Momenten, wieder in den Vordergrund gestellt; denn wenn man die Garantien erfüllen will, die von seiten der Entente selbst für eine kurzfristige Anleihe verlangt wurden (das deutsche Budget ins Gleichgewicht zu bringen und das Defizit bei der Post und der Eisenbahn zu beseitigen), dann wäre eine Reihe tief eingreifender gesetzlicher Maßnahmen in aller Eile geboten. Neue Meinungen aus Paris sprechen allerdings davon, daß Deutschland eine internationale Anleihe von einer Milliarde Dollar mit Zustimmung der Alliierten demnächst erhalten solle, die mit 7 Prozent verzinst und innerhalb 50 Jahren zurückgezahlt werden soll. Das wäre also der langfristige Kredit, den wir brauchen. Daneben wird weiter berichtet, daß England bereit sei, auf einen Teil seiner Ansprüche an Deutschland zu verzichten, wenn auch Frankreich sich zu einem solchen Verzicht entschließen könnte. In allen diesen Fällen handelt es sich jedoch nur um unverbindliche Mitteilungen der ausländischen Presse, auf die wir in unserer bedrängten Lage keine Häuser bauen können.

Das Gesamtbild stellt sich daher im Augenblick so dar, daß bei den politischen Parteien und bei den großen Erwerbsständen die allergrößten Anstrengungen gemacht werden müssen, um die Aufbringung der Zinsarrange aus eigenen Mitteln vielleicht noch zu ermöglichen. Zugleich müssen aber auch die politischen Verhandlungen nach dem Auslande nunmehr mit allergrößter Energie auf eine Revision des Zahlungsplanes gerichtet sein, denn, wenn tatsächlich der 15. Januar noch keine Katastrophe bringen sollte, so dürfte dann wohl volle Klarheit darüber bestehen, daß Deutschland aus eigener Kraft den Zusammenbruch dann nicht mehr aufhalten kann.

Aufhebung der Ausfuhrabgaben?

Gerüchweise verlautet aus London, daß man dort Erwägungen anstelle, ob die zinslose Ausfuhrabgabe, die Deutschland zu leisten hat, auf die Dauer haltbar sei. Angeblich soll Dr. Rathenau in London erfahren haben, daß man auf diese Abgabe vielleicht verzichten werde. Auch heißt es weiter, daß Dr. Rathenau bald wieder in das Reichsministerium eintreten werde. Beide Meldungen eilen offensichtlich den Tatsachen voraus und sind im Augenblick nur charakteristisch für das Überwuchern der Gerüchte über die wirklich sicheren Nachrichten, wird doch auch von bestimmter Seite in Paris die Nachricht von dem Plan einer Milliardenanleihe für Deutschland bereits wieder in Umlauf gestellt.

Neue Einkommensteuersätze vorgeschlagen.

10 Prozent Steuer bis zu 40 000 Mark.
Nebstfach wurde in letzter Zeit die Notwendigkeit hervorgehoben, die Sätze der Einkommensteuer besonders in den mittleren Stufen mit der verminderten Kaufkraft der Mark in Übereinstimmung zu bringen. Dem Reichstag ist jetzt ein Gesetzentwurf durch Initiativantrag der Zentrumsfraktion und der Fraktion der bayerischen Volkspartei zugegangen, der eine Änderung des Einkommen-

steuergesetzes, eine Ermäßigung in dem angegebenen Sinne und einige andere Erleichterungen verlangt. Die Grenze, bis zu der die Steuer 10 Prozent des steuerbaren Einkommens beträgt, soll nach diesem Entwurf von 24 000 auf 40 000 Mark erhöht werden.

Von dem 40 000 Mark übersteigenden Einkommen sollen an Steuern entrichtet werden für weitere angefangene oder vollendete 10 000 Mark 15 Prozent, für weitere 40 000 Mark 25 Prozent. Dann steigt die Staffelung von 35 Prozent in verschiedenen Stufen für weitere 200 000 Mark bis zu 35 Prozent, falls das Einkommen um eine Million über 40 000 Mark hinausgeht und um 60 Prozent für höhere Beträge.

Bisher betrug die Steuer für die Beträge über 24 000 Mark hinaus von den ersten 6000 Mark 20, von den folgenden 5000 Mark 25, von den nächsten 5000 Mark 30, dann wieder für 5000 Mark 35, für eine weitere Stufe von 5000 Mark 40, für die nächsten 70 000 Mark 45 und für die folgenden 80 000 Mark 50 Prozent.

Die Ermäßigungen für den Steuerpflichtigen selbst und die Ehefrau sollen verdoppelt, aber nur bei Einkommen bis zu 40 000 Mark gewährt werden; die Kinderermäßigung dagegen soll bis zu Einkommen von 100 000 Mark bestehen bleiben. Zugunsten der Rentner ist eine stärkere Anrechnung der Kapitalertragssteuer auf die Einkommensteuer vorgesehen. Die gesamte Einkommensteuer, nicht nur die Lohnsteuer, soll für das Kalenderjahr (statt des Rechnungsjahres) veranlagt und erhoben werden. Der Gesetzentwurf wird augenblicklich im Steuerausschuß des Reichstages durchberaten.

Deutscher Reichstag.

149. Sitzung.

CB. Berlin, 14. Dezember.

In der heutigen Sitzung wurde zuerst das Gesetz über die Postgebührenordnung an den Postauskunft verworfen. Zum Schluß der heutigen Sitzung hatte noch der Reichsminister des Innern energische Töne gesprochen bei der Besprechung des französischen Vorgehens im Rheinland. Die französische Rheinlandpolitik hat den Aufbau Europas ungebauer verzögert. Wenn die Franzosen nicht wollen, daß die Rheinlande die Brücke einer friedlichen deutsch-französischen Politik sein sollen, dann werden wir dafür sorgen, daß die Rheinlande ein festes Bollwerk deutscher Kräfte bleiben, bis sie wieder ganz zu uns gehören! Heute ging man an die Beratung des Gesetzes über die Änderung des

Kostensteuergesetzes.

Zu der Vorlage, durch die die Kohlenabgabe auf 40 Prozent erhöht wird, sprach zuerst der Abg. Roenen (Komm.). Er bezeichnete die Vorlage als den Gipfel der Schamlosigkeit und protektierte gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft durch indirekte Steuern. Wegen des Ausdrucks „Gipfel der Schamlosigkeit“ rief Präsident Loebe den Redner zur Ordnung.

Abg. Dr. Brauns-Franken (Soz.) erklärte, daß die Erhaben des Vorredners auf die Arbeiterschaft keinen Eindruck machen könnten. Das Beispiel Russlands habe den Arbeitern die Augen geöffnet.

Abg. Roenen (Komm.) wandte sich hierauf gegen die Mehrheitssozialisten, die bismärkischer geworden seien als Bismarck selber. Russland habe nur deshalb noch nichts leisten können, weil es bisher zum Kriegszustand gezwungen war. Es habe aber das Verdienst, den Willen zur Entfernung der Kapitalisten entwickelt zu haben, was man von der Ebert-Republik nicht sagen könne.

Das Gesetz ging an den Ausschuss. Es folgte die erste Lesung des Gesetzes über die Änderung des Tabaksteuer-gesetzes. Diese Vorlage schlug eine Herabminderung der Tabakzölle vor. Nachdem sich die Abg. Geiser (Komm.), Niedmiller (Soz.), Reichhof (U.-Soz.) und Fischer-Waden (Deutschn.) dazu geäußert hatten, wurde auch diese Vorlage einem Ausschuss überwiesen.

Nebstmann wurde das Gesetz über die weitere Verlängerung der Versicherungspflicht des Lebensversicherungs-gesetzes in allen drei Lesungen angenommen.

Einem Ausschuss überliefert wurde der Gesetzentwurf über den Beschäftigungsausschuss in der Zahlungsmitteilung. Dann wurde das Gesetz über die Versicherungspflicht in der Krankenversicherung in allen drei Lesungen angenommen. Der Entwurf über eine 5. Ergänzung des Besoldungsgesetzes (Ordnungsbuch) wurde der Ausschussberatung zugeführt. Hierfür trat man in die gestrige abgebrochene Weiterberatung der Interpellation der Deutschen Volkspartei über die

Vorgänge in der Pfalz

ein. Abg. Verndt (Deutschn.) verlangte von der Regierung eine einschließliche Stellungnahme gegen das französische System. Abg. Kroll (Dem.) bebaute die Angriffe des Vorredners auf die Regierung. Im Westen stehen wir eigentlich noch im Kriege, und da darf man sein Herz nicht offen auf den Tisch legen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Erhöhung der Tabaksteuer.

Im Reichstagsausschuss für die Verbrauchsteuern wurde auf einen Antrag des Zentrums die Steuer für die teuren Zigaretten auf 1,20 für das Stück bei einem Preise von 3 Mark, mit einem Aufschlag von 20 Pfennig für das Stück bei einem Preise von 50 Pfennig und mehr festgesetzt. Für Zigaretten soll die Steuer bei einem Preise von 50 Pfennig oder mehr 25 Pfennig für das Stück betragen und mit einem Zuschlag von 5 Pfennig für je 10 Pfennig mehr im Preise. Der Schutz Zoll für den inländischen Tabak wurde auf 60 Mark für den Zentner angelegt.

Schutz der Republik.

Dem Reichskabinett liegt der Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik vor. Die Oberreichsanwalt Obermaier im Prozeß gegen v. Jagow und Genossen mitteilte, umfaßt der Entwurf zwei Teile. Der erste Teil hat das Reichsstrafgesetzbuch den gegenwärtigen staatsrechtlichen Bestimmungen anzugleichen und setzt daher eine Anzahl Bestimmungen ganz oder zum Teil außer Kraft. Der zweite Teil behandelt die strafrechtliche Sicherung des Schutzes des Reichspräsidenten sowie der Verfassung und bringt eine Ergänzung und Erweiterung des Hochverratsprozesses.

Mäßigung unberechtigter Ruhe- und Wartegelder.

Es ist als unzulässig empfunden worden, daß pensionierte frühere Reichs- oder Staatsbeamte usw. ihre volle Pension weiter beziehen, wenn sie inzwischen größere Einnahmen aus Privatdiensten oder eigenen Geschäften beziehen. Jetzt ist dem Reichstag ein Pensionskürzungsgesetz zugegangen. Danach ruht bei Beamten, die mit Wirkung vom 1. April 1920 oder von einem früheren Zeitpunkt dauernd oder einseitig in den Ruhestand versetzt oder unter Verlassung des vollen Gehaltes vom Amte entlassen sind, bei einem Arbeitseinkommen von mehr als 10 000 Mark, das Recht auf den Bezug des Teuerungszuschlags und des Zuschusses zum Ruhegehalt oder Wartegeld bis zur Höhe von 50 Prozent des 10 000 Mark übersteigenden Betrages. In gleicher Weise ruht bei den am 1. April 1920 in den Ruhestand versetzten Beamten das Recht auf den Bezug des Teuerungszuschlags und nach dessen Wegfall auf den Bezug der Hälfte des Ruhegehalts. Ähnliche Vorschriften gelten für die abgefundenen Militärpersonen.

Krankenversicherungsgrenze 40 000 Mark.

Dem Reichstage ist ein von allen Fraktionen unterzeichneter Gesetzentwurf über Versicherungspflicht, Versicherungsübertragung und Grundlohn in der Krankenversicherung zugegangen, der die Einkommensgrenze für die Versicherung auf 40 000 Mark erhöht. Der Entwurf sieht weiter eine Steigerung der Höchstbeträge für den Grundlohn vor, wobei darauf hingewiesen wird, daß das bisher gewährte Krankengeld völlig unzureichend war. Der gesetzliche Höchstbetrag soll von 24 auf 40 und der Zahlungsmöglichkeit zulässige von 30 auf 80 Mark hinaufgesetzt werden.

Ungarn.

Abkündigung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Rationierung nahm den Gesetzentwurf über die Don-

verarmee an. Der Gesetzentwurf sieht die Verminderung des Heeres auf 35 000 Mann vor, schafft die allgemeine Wehrpflicht ab und versorgt die Ergänzung des Heeres im Wege der freiwilligen Werbung.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Dem Vernehmen nach ist als Nachfolger des nach Kopehagen berufenen bisherigen deutschen Gesandten in Wien, des Herrn v. Rosenfeld, der Zentrumstagsabgeordnete Dr. Pfeiffer in Aussicht genommen worden.

Berlin. Im Hauptausschuß des Reichstages beantragte Abg. Käßner (Zentr.) die Erhöhung des Gehaltes für den Reichspräsidenten auf 300 000 Mark und der Aufwandsgehalte auf 400 000 Mark. Der Ausschuss beschloß demgemäß.

Berlin. Im Hauptausschuß des Reichstages wurde bei Behandlung des Etats des Reichsfinanzministeriums mitgeteilt, daß 42 Kriegsgesellschaften bereits in Liquidation seien und nur 7 noch in Tätigkeit.

Paris. Anhänger von Esad Pascha haben die Regierung von Titus in Albanien gestützt. Man befürchtet Konflikte zwischen Nationalisten und italienischen Elementen.

Berlin. Der Bundesrat hat weitere sechs Personen, die dem Entlarfer Karl nachgeben, ausgewiesen bzw. ihnen das Betreten der Schweiz verboten.

Der Rapp-Putz vor dem Reichsgericht.

(Siebenter Tag.) § Leipzig, 14. Dezember.

Eine sehr zurückhaltende Aussage, nach der die meisten Teilnehmer am Rapp-Putz nur eine Art stille Teilnehmer gewesen seien, machte am Vortage der frühere Plarter Dr. Traub, dem das Kultusministerium von Rapp angeboten wurde, der aber nicht zur Übernahme dieses Postens kam, sondern nur kurze Zeit als Pressechef amtierte. Ähnliche Einzelheiten aus dem Verlauf jener bewegten Tage wußte ein anderer der vier kurzlebigen Pressechefs, der Zeuge Rechtsanwalt Breder, zur Beweisnahme beizufügen. Er war dabei, als Kapitäleutnant Ehrhardt am ersten Notzen zu Rapp sagte: „Die Regierung hat Berlin verlassen. Herr Generalstaatsanwaltsdirektor, übernehmen Sie die Regierung, aber

sagen Sie auch gleich mit dem Regieren an!“ Bei dem Betreten der Reichskanzlei, so erklärte Breder, war es charakteristisch, daß Rapp sich an den Kopf faßte und rief: „Herr Gott, wo ist denn Schmitz, wenn ich Schmitz nicht habe, kann ich nicht regieren!“ (Stürmische Heiterkeit.) Dann traf ich Kapitäleutnant Lentz, der mir erklärte: „Ich bin jetzt Pressechef, ich vererbe aber davon nichts, kommen Sie doch mit.“ Als die gesamte Presse verboten wurde, warnte sich Breder an den Oberkammern von Rapp, der die Volkseigenheit über Berlin hatte. Dieser erklärte ihm kurz und bündig: „Ich habe das Erscheinen der Presse verboten, damit das Publikum nicht beunruhigt wird. Also lehren Sie um, die Sache ist erledigt, die Presse erscheint nicht.“

Wie wenig vorbereiteten Boden der Rapp-Putz in Berlin fand, ergab sich aus den Aussagen des ersten Zeugen an siebenten Tage, des damaligen Oberbürgermeisters Dominicus von Berlin-Schöneberg. Dieser hat vom Einmarsch überhaupt nichts bemerkt und erklärte, daß feindliche die Mehrheit der Berliner auf seinen Rapp gefunden habe. Die Eisenbahner beschloßen vielmehr alsbald den Generalstreik. Er ging zu Lüttich und Rapp und setzte ihnen auseinander, welche Folgen ein Generalstreik haben müsse. Das machte auf Rapp ziemlich erheblichen Eindruck. Aber wenn auch Rapp die Möglichkeit seines eigenen Rücktritts nicht ohne weiteres von der Hand wies, so folgte er den Vorstellungen des Zeugen schließlich doch nicht und blieb zunächst an seiner Stelle.

Der frühere Finanzminister Dr. Südekum, der trotz seiner Jugendjahre für Sozialdemokratie den Zeugnissen mit der religiösen Formel leistete, erfährt von dem Putz erst am Vormittag des 13. März. Er berichtet: „Als ich sah, daß eine kleine Schar von Betrügnern sich dem Finanzministerium näherte, verließ ich das Ministerium durch eine andere Tür, allerdings nicht ohne für

die Sicherheit der preussischen Staatsgelder Sorge zu tragen. Denn ebenso arg, wie ein Betrügnere in meiner Wohnung meine Frau, meine Kinder und das Dienstmädchen mit einem Messer bedroht hatte, konnten die Herren ja auch einen Überfall auf die Kasse beabsichtigen. Mit Geheimrat Dohs wollte Südekum keineswegs über einen Eintritt Rapps in die Reichsregierung verhandeln, wie Dohs als Zeuge feststellte, sondern Südekum hat Dohs vielmehr auf die schweren Folgen und Konsequenzen aufmerksam gemacht, die das Rapp-Unternehmen auch für die damals be-

vorstehende Abkündigung in Schwabing-Hausen nicht. Er hat ihm gesagt, daß man ein Verbrechen am Werke begehe, und daß nicht abzusehen sei, was sich daraus an Nord und Süd entwickeln könnte. Drei Tage später, so berichtet Südekum weiter, wurde der Bruder Geheimrat Dohs von neuem in den Hofen erschlagen. Über die Befragung mit Rapp und Dominicus, an der auch Südekum teilnahm, sagte der letztere aus: Lüttich glaubte, den Widerstand der Eisenbahner brechen zu können, wenn er einen Teil ihrer Führer an die Wand stelle.

In der Reichskanzlei war nach diesen Zeugenangaben auch General Lubendorff anwesend. Südekum und Dominicus wurden von Rapp zum Eintritt in seine Regierung aufgefordert, was sie natürlich ablehnten. Die Sipo führte daß zu Südekum zurück, aber es war unmöglich, die ausgezeichnet bewaffneten Ehrhardt-Truppen aus Berlin zu verdrängen. Zwar hatte man den Generalstreik begonnen, aber dieser trug den Keim des Verderbens auch für die reichstrauen Bevölkerung in sich, und schließlich

begannen sich auch die Kommunisten zu regen, obwohl das früher bestritten worden ist, und als ein Verzicht der Rappisten hingestellt wurde. Zur Amnestiefrage befragte Südekum, Schiffer habe nie gesagt, daß er die Amnestie für eine Amnestie zu gewähren. Vielmehr erklärte er nur, er werde sich im Kabinett dafür einsetzen, daß eine Amnestie in Erwägung gezogen werde. Erst als der Streik der Generale zum Generalstreik hinzugekommen sei, habe der Widerstand, den Lüttich gegen den Rücktritt leistete, gebrochen werden können. Als Verbündete Rapps bezeichnet Südekum die Generale Lubendorff und Wieselberg, dagegen nennt er Jagow einen Führer der Bewegung. Mit einer einzigen Ausnahme, nämlich der des Herrn von Lüttich, der sich nur eine Viertelminute hart schützte, als er zwölf Arbeiterführer an die Wand stellen wollte, befand sich

die ganze Gesellschaft auf dem Rückzuge. Die Reichsregierung verhandelte gar nicht, sondern wollte auf Opportunitätsgründen den Usurpatoren es erlauben, ohne Mißbilligung sich aus Berlin zurückzuziehen. Als nächster Zeuge berichtet

Der frühere Minister Deser.

daß er sich am 13. März beim Ministerpräsidenten Girsch befand, als ein Offizier des Herrn v. Lüttich kam, der den Herren ihre Tätigkeit mit den klaffenden Worten verweigerte: „Die Arbeit hier hört auf.“ Mittags kam dann Herr v. Jagow und stellte sich als Minister des Innern vor. Deser fuhr dann mit Dominicus und Südekum in die Reichskanzlei, die ihm durchaus

den Eindruck einer Schieber- und Händlerbörse machte. In der Stellenjäger aller Art umherliefen, die ein Stück von der Beute erhaschen wollten. Am Sonntag abend kamen die Gewerkschaftsführer zu Deser und erklärten, er solle Rapp zum Rücktritt veranlassen, sonst würde am Montag der Generalstreik der Eisenbahner ausbrechen.

Minister Südekum ergänzte dann seine vorherige Aussage dadurch, daß er erklärte, er habe bei den Amnestieverhandlungen die Worte gebraucht: „Der Name Rapp, der Name Jagow ist eine betrieblige Provokation, daß jedes Verhandeln ausgeschlossen ist. Ja, wenn wir den Namen Hindenburg auf eurer Seite hätten!“

Staatssekretär Müller vom Wiederaufbauministerium ist kurze Zeit verabschiedet worden, weil er eine telegraphische Anweisung des Ministers Gehler, daß der betrieblige Widerstand kein Gehorsam zu leisten sei, in seinem Ministerium verbreiten ließ. — Dann erzählte Ministerpräsident Bahrt vom preussischen Ministerium des Innern, daß bei der Befragung des Ministerialgebäudes der Amtsdienst sehr feierlich herbeikam und mittelteil, die preussische Staatsregierung lege keinen Wert mehr auf seine Dienste und erliche ihn, sofort das Haus zu verlassen. „Die preussische Staatsregierung“ sei der neue Innenminister v. Jagow. Der Vorfall hatte eine Risse von Personen, die er nicht ins Haus lassen durfte.

Der frühere Kriegsminister Reinhardt stellt als nächster Zeuge fest, daß General v. Lüttich am 11. März beurlaubt und General v. Oden sein Vertreter wurde. General v. Oden mußte wissen, daß Lüttich nicht ohne Genehmigung der Kommandogewalt, d. h. Kossel, seinen Posten wieder übernehmen durfte. Ferner bestätigte Reinhardt, daß er zu General Südekum, wie dieser behauptete, gesagt habe: „Die Regierung ist zerfallen.“ Wo die Regierung sei, habe er ihm aber nicht sagen können, weil er Hilfen nicht für zuverlässig hielt.

Bei der weiteren Vernehmung Südekum sagte dieser über die Unterredung mit Geheimrat Dohs ergänzend aus, er habe ihm sehr ins Gewissen geredet und Dohs habe ihm dann als ein „innerlich gedrohtener Mann“ verlassen. Obenans hab ich, so sagte Südekum, das bestimmte Mittel angewendet, und reichlich Alkohol zur Verfügung gestellt. Ein Verteidi-

Die Grafen von Freydeck.

16] Roman von A. Oskand.

„Ich soll fragen, ob unser gnädiges Fräulein Julie über Nacht hier im Schlosse verblieben ist,“ fragte er mit einer Stimme, der man eine geheime Furcht anmerkte. „Der Herr Oberst ist in großer Angst. Wir haben von dem Unglück hier gehört durch den Gärtner, der zur Stadt fuhr.“

Aber der Gärtner sagte, Fräulein Julie sei fortgegangen, ehe der alte Graf tot aufgefunden wurde. Und ich soll nun anfragen, wie das ist — und wo das Fräulein ist — unser Julchen —

Der alte Mann griff sich nach der Kehle, als wüßte er etwas.

Mit einem Hilse suchenden, Aufklärung heischenden Blicke seiner treuen, blauen Augen sah er in das Gesicht des Grafen.

Dieser stand noch immer und sah vor sich hin auf die dunklen Dielen, auf denen nun ein erster, zaghafter Sonnenstrahl dahintanzte. Dann fuhr er sich über die Stirn.

„Ich weiß das alles nicht,“ sagte er unsicher und stockend. „Julie ging fort, sie sagte, sie habe starken Kopfschmerz — ja — und sie wollte heim —“

„Und du siehst sie gehen — ganz allein, ohne jede Begleitung? In dem weißseidenen Gesellschaftskleid, mit den dünnen Schuhen?“

Aber Hugo — fass dich doch — besinne dich! Das ist ja gar nicht möglich, das kann überhaupt nicht sein! Du bist von all dem Schrecklichen ganz verwirrt — sammle dich!“ — unterbrach ihn die Baronin.

Sie war ganz nahe an ihren Nerven herangekommen und wollte seine Hand erfassen. Aber er ließ ihre Finger mit einer Gebärde des Unwillens zurück.

„Ich weiß es nicht,“ sagte er dann noch einmal mit einer Stimme, die so fremd und tonlos klang, daß Hilda sie gar nicht als die ihres Onkels erkannt hätte. „Ich weiß von gar nichts — von gar nichts —“

Er sah die alte Frau mit einem irenen Blick an. Aber sie hatte nun mit kräftiger Hand seinen Arm erfaßt und hielt ihn, der Wiene machte, sich zu entfernen, fast mit Gewalt zurück.

„Man muß Julie suchen — augenblicklich!“ sagte sie energisch. „Und du als ihr Bräutigam mußt vor allem trachten, sie zu finden. Am Ende ist ihr ein Unglück zugestoßen — es war bodenlos leichtsinnig, das Mädchen so allein fortzulassen!“

„Sie ging ja nur auf ihr Zimmer“, schob der Graf ein. Er suchte sich gewaltsam von dem barten Griff ihrer Finger zu befreien, aber sie besaß eine Willensstärke, der er sich fügen mußte.

„Du widersprichst dir selbst,“ sagte die alte Frau leise und nachdenklich. „Nimm dich zusammen, Hugo; sei doch endlich ein Mann!“

Sie ließ nun seinen Arm los und trat einen Schritt vor auf den Diener zu, welcher leise flüsternd mit Gottfried zusammenstand.

„Sie haben keine Ahnung, wo sich das gnädige Fräulein allenfalls aufhalten könnte?“ fragte sie irreunlich, als es sonst ihre Art war.

Der Mann schüttelte kummervoll den weißen Kopf. „Keine, Frau Baronin. Unser Fräulein ist ja mit niemand umgegangen. Es muß ihr doch etwas geschehen sein, und ich gehe jetzt fort, um überall nachzuforschen. Vielleicht weiß Herr Günther etwas; sie war ja früher immer dort — er ist doch ihr Schwager.“

Der alte Mann flüsterte vor Angst. Er hatte sich schon zum Gehen gewendet, aber da machte Graf Hugo plötzlich ein paar Schritte nach vorwärts und sagte laut und rasch:

„Julie ist bestimmt nicht bei — bei Günther.“ Er sprach den Namen seines einstigen Freundes wie widerstrebend aus. „Dort brauchen Sie nicht zu suchen; der Weg wäre vergeblich — ganz vergeblich!“

Die Baronin zog den Nerven fast mit Gewalt durch die noch offenstehende Tür in sein Zimmer.

„Einen Augenblick!“ sagte sie nach den Dienstleuten zurück. „Der Herr Graf kommt mit — ich suche nur seinen Hut. Nein, nein, bleiben Sie, Gottfried, ich finde ihn allein! Komm du mit, Hilda — so!“

Sie schloß rasch die Tür hinter der schlanken Gestalt des jungen Mädchens. Nun standen sie alle drei in dem großen, dunklen Raum.

„Rasch, Hilda — suche Onkels Hut — die hohen Stiefel — schnell — nur schnell!“

Sie hatte selbst schon einen braunen Ledersack von einem Haken gerissen und stand nun, ihn hochhaltend zum Hineinschlüpfen, vor dem Nerven.

„Hugo, um Gottes willen, fass dich! Vertiere dich nicht alle Besinnung! Du denimmst dich vor der Dienerschaft in einer Weise, welche sehr leicht ganz falsch gedeutet werden kann.“

Ueberhaupt: du bist so seltsam, wie ich dich noch niemals sah. Sage mir doch, was das bedeutet! Ist es nur der Schreck? Ist es die Angst um Julie? Und — wo warst du selbst heute Nacht so lange?“

„Ich? — Ich?“

Hugo von Freydeck strich sich mit der feinen, blaffen Hand über die Stirn.

„Ich war hier — hier in meinem Zimmer. Die Hitze wurde so groß, auch wollte ich einen Augenblick Ruhe. Nur Ruhe!“

Und von hier ging ich dort hinaus — er wies auf eine der Glastüren, welche aus diesem Räume auf eine breite Holzterrasse führten — „dort, nach dem Park. Und ich war so müde; da setzte ich mich auf eine Bank und schlief ein wenig ein.“

„Und von Julie sahst du nichts?“

Er schüttelte den Kopf.

„Nichts — nichts!“

„All dies ist mir vollkommen unverständlich,“ sagte die alte Frau, während sie ihm in den Hod holl. „Aber zu Erklärungen ist jetzt keine Zeit! Man muß Julie suchen — sofort — und du — du mußt —“

Hugo von Freydeck nahm schon den weißen Hut aus ihrer Hand.

„Ja, ja, ich muß!“ sagte er tonlos. „Ich muß sie suchen!“

Mit schwankenden Schritten ging er gegen die Tür zu. Noch einmal hielt er eine Sekunde lang inne, als müßte er sich auf irgend etwas besinnen. Dann hob er zögernd die Hand nach der Klinke. Im nächsten Augenblick stand er in dem Gange.

Die Baronin folgte ihm. Aber sie wandte sich rasch noch einmal zurück.

„Bleibe hier und mache selbst ein wenig Ordnung, Hilda,“ sagte sie kurz, „das Zimmer ist ja ganz wüß! Und von den Dienern soll da keiner herein, ehe wir nicht über Julies Beschick Klarheit haben!“

Gleich darauf stand das junge Mädchen allein in dem weiten Gemach.

Vom Gange her klangen noch einmal die Stimmen der Baronin Berghaus und der fortziehenden Diener. Dann vernahm Hilda Bentheim deutlich, wie Gottfried das Tor zur Halle öffnete.

Sie hörte auch noch eine Frage, ob er sich nicht den Suchenden anschließen solle, und die kurze, scharfe Abweisung seiner Bitte durch den Grafen.

Nun ging langsam, wie zögernd, Tante Hanna Berghaus über den langen Korridor in der Richtung nach ihren Zimmern.

Hilda dachte, die Baronin würde wohl noch einmal beim Vorüberkommen hier vorbeigehen, um ihr vielleicht noch weitere Befehle zu erteilen. Aber der schwere Schritt hielt nicht an vor dieser Türe.

ger fragte: Was ist dieses bekannte Mittel nur aus Weizenmehl, oder aus Reis? — Ja, es ist natürlich so, auch mit Weizenmehl.

Aus der Verhandlung des Berliner Eisenbahndirektionspräsidenten Kull ist hervorzuheben, daß er auf die Frage, ob Herr v. Bannheim mit einem Streik der Landwirte gedroht habe, antwortete: „Nein, im Gegenteil, er wollte so seinen Einfluß ausüben, um die Landwirte zu Lieferungen zu veranlassen.“

General Reinhardt.

Der damalige Chef der Heeresleitung, hat kürzlich gefragt, ob er auf dem Boden der Verfassung stünde. Kürzlich verwies auf seinen Verfassungsbuch. In den nächsten Tagen machte aber sein Verhalten erneute Sorgen. Auch General v. Seede wies auf die Notwendigkeit hin, Kürzlich den Befehl über die Brigade Ehrhardt zu erteilen. Nach der bekannten Audienz beim Reichspräsidenten wurde Kürzlich dann beurlaubt und General v. Oden zu seinem Vertreter ernannt. Gleichzeitig wurde Kürzlich mitgeteilt, daß man seinen weiteren Entscheidungen entgegenstehe. Das war die rücksichtsvolle Form der Verabschiedung eines verdienten Generals. Ein Zweifel an dieser Maßnahme war nicht möglich. Dann kam General Reinhardt auf die Vorgänge am Abend des 12. März zu sprechen: Ich indizierte die Truppe des Oberst von Tamm in Regierungsbezirk, sowohl wie die am Weidener-Blad. Bei beiden fand ich keine Festigkeit, dagegen machte sich General v. Oden große Sorgen über einen eventuellen Zusammenstoß. Ich erklärte ihm aber, es muß unter allen Umständen geklärt werden.

Das Drama von Kleppelsdorf.

Die Frau Gruben verschwand.

§ Hirschberg, 14. Dezember.

Den Hauptgegenstand der gestrigen Verhandlung bildete das Verschwinden der Frau Gertrud Gruben. Als erste Zeugen wurden die Eltern ihres ersten Mannes, des Apothekenbesizers Schade, vernommen. Beide — Mann und Frau — erklärten übereinstimmend, daß ihre frühere Schwiegertochter niemals von ihrer Absicht, nach Amerika auszuwandern, gesprochen habe. Eine solche Auswanderungsabsicht wäre auch mit dem ganzen Charakter der Frau Gruben vereinbar gewesen. Sie habe ihre Kinder überaus zärtlich geliebt und hätte es kaum fertiggebracht, sich für längere Zeit von ihnen zu trennen. Auch daß die Frau, wie angestrichelt worden sei, in gelingender Umkleung gehandelt haben könnte, sei unwahrscheinlich.

Es folgte die Vernehmung des Notars Rheinold aus Zehden, des früheren Rechtsanwaltes des Angeklagten, und seines Bureauvorstehers. Bei Rheinold hatten im September 1920 die alte Frau Sedert und ihre Tochter, Frau Gruben, zwei Hypotheken im Betrage von 20000 Mark auf Gruben übertragen lassen. Dem Notar kam diese Hypothekenübertragung etwas sonderbar vor, und er glaubte zunächst, daß sie zum Zwecke einer Steuerhinterziehung erfolge. Er rief den Beileuten Gruben, die Gütergemeinschaft aufzuheben, was auch geschah. Wenige Stunden später war Frau Gruben verschwunden. Als Rechtsanwalt Rheinold dies ein paar Tage darauf erfuhr, war er sehr erstaunt darüber, daß Gruben noch keinerlei Nachforschungen nach seiner verschwundenen Ehefrau angestellt hatte. Er rief ihn dringend, sich bei den in Frage kommenden Dampfergesellschaften in Hamburg und Bremen zu erkundigen, aber Gruben hat das, seinem eigenen Gesundheits nach, nicht getan. Dagegen tat er Schritte zur Einleitung des Ehebrechungsverfahrens. Als Rechtsanwalt Rheinold dann im Februar 1921 von der Bluttat in Kleppelsdorf hörte, gab er sein Mandat in Grubens Hände zurück. Auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden, daß sein ganzes Verhalten unmittelbar vor und nach dem Verschwinden seiner Frau doch mindestens merkwürdig gewesen sei, rebete sich der Angeklagte in einen immer größeren Zorn und Trotz hinein. Auffallende Widersprüche in seinen früheren und seinen letzten Bekundungen über diesen Gegenstand tat er mit der gleichgültigen Bemerkung: „Na, dann sind es eben Widersprüche!“ ab.

Die auf das Verschwinden der Frau Gruben bezüglichen Verrechnungen wurden dann durch ein kleines Zwischenstück, das sich wie eine neue Sensation anbot, aber bald wieder in sich zusammenfiel, unterbrochen. Es war dem Gericht berichtet worden, daß schon früher einmal durch ein offenes Fenster auf Dorothas Kohrbeck geschossen worden sei. Hr. Jahn, die sofort vernommen wurde, erklärte, daß tatsächlich im Oktober 1919 von dranhin mit Schrot in das Territorium geschossen worden sei. Der Schuß habe aber wahrscheinlich dem ungeliebten Gutsinspektor Bauer getroffen. Dürfte sei überhaupt nicht im Zimmer gewesen.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Groß-Leipzig.

Leipzig, 15. Dez. (tu.) Die Leipziger Stadtverordneten stimmten in ihrer Sitzung am Montagabend der Einverleibung der 4 Gemeinden Groß-Ischocher, Köhlich, Paunsdorf und Wahren zum 1. Januar 1922 an die Stadt Leipzig zu. Damit erhält die Stadt Leipzig einen Flächenzuwachs von 178 Hektar. Die Einwohnerzahl beträgt alsdann nach dem Fortschreibungs-ergebnis etwa 650 000.

Kraukau, 15. Dez. (tu.) Wie die Blätter melden, hat die Kraukauer Handelskammer beschlossen, daß Kraukau sich der ober-schlesischen Schwerindustrie anschließen soll. Die diesbezüglichen Bemerkungen ihrer sich nach Krakau verlegten. Von Krakau nach Katowitz wird eine elektrische Straßenbahn gebaut.

Die Abstimmung in Oedenburg.

Wien, 15. Dez. (tu.) Die Abstimmung in Oedenburg hat gestern mit Stimmhaltung des großen Teils der Deutschen stattgefunden. In der Umgebung von Oedenburg findet die Abstimmung morgen statt, worauf erst das endgültige Abstimmungsergebnis bekanntgegeben wird. Es verlautet, daß gestern in Oedenburg etwa 13 550 Wähler abgestimmt haben und davon stimmten 10 438 für Ungarn, die übrigen, etwa 3000, für Oesterreich. Der größte Teil der deutschen und österreichisch gesinnten Elemente blieb der Abstimmung fern. Von maßgebender österreichischer Seite wird erklärt, daß durch die gestrige vertragswidrige Vornahme der Abstimmung in Oedenburg das Protokoll von Venedig als nicht mehr existierend zu betrachten ist und Oesterreich nunmehr wiederum die Anwendung des Vertrages von St. Germain auch bezüglich Oedenburgs und der umliegenden Gebiete beansprucht.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 15. Dezember.

— **Kauf am Plage!** Die Bewohner großer Städte betriebligen ihren Bedarf an Weihnachtsgeschenken, Badmitteln und dergleichen selten in kleinen Orten, aber die Bewohner kleiner Städte kaufen gern in Großstädten ein. Diese Tatsache hat zur Folge, daß sich das Kapital immer mehr in den Zentren eines Landes ansammelt, während die geschäftlichen Unternehmungen der Provinz nicht recht vom Fleck kommen wollen. Das Provinzialpublikum trägt also zum Teil selbst die Schuld daran, wenn die Spanne zwischen der industriellen Tätigkeit kleiner

und großer Orte immer größer wird, d. h. wenn die kleinen Orte immer weiter zurückbleiben. Und mit rechten Augen gesehen, läuft derjenige, der als Provinzler seinen Bedarf in der Großstadt deckt, gar nicht so billig. Um ein Geschenk vielleicht um 5 % billiger zu kaufen als am Orte, verweist mancher 20 % Fahrgehalt, wozu vielleicht noch höhere Reisefees kommen. Nun ist aber manches am Orte sogar billiger und besser zu haben als in der Großstadt. Gönnst doch den heimatischen Geschäftsleuten auch ihren bescheidenen Verdienst und — kauft am Plage!

— **Feuer in Limbach.** Gestern, Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, meldete die Feuerpolizei vom Rathaus einen Brand, der nach telephonischer Meldung das Jeremiaische Gut in Limbach ergriffen hatte. Der Besitzer und seine Frau waren zur Zeit in Wilsdruff und wohnten einer Sitzung des Landwirtschaftlichen Vereins im Adlersaal bei. Das Feuer war in dem nach der Staatsstraße zu gelegenen Teile des Seitengebäudes ausgebrochen und vernichtete vollständig den Dachstuhl. Das Vieh konnte sämtlich gerettet werden bis auf eine Anzahl Tauben, die nicht aus ihrem Schlege herausgehen wollten. Von Spritzen waren in Tätigkeit neben der Ortspritze die Wilsdruffer, dann die Helbigsdorfer und Blankensteiner. Die Feuerwehr von Burkhardtswalde war auch erschienen, brauchte aber nicht mehr einzugreifen, da dem vereinigten Wirken der arbeitenden Spritzen es gelungen war, die anderen Gebäude, insbesondere die am meisten in Gefahr befindliche Scheune, zu retten. Brandstiftung wird angenommen, da sich zwei verdächtige Männer dort zu schaffen gemacht haben sollen.

— **Der Landwirtschaftliche Verein Wilsdruff** hielt gestern nachmittags im „Adler“ eine außerordentliche Sitzung ab. Nach Bekanntgabe verschiedener Eingänge teilte der Vorsitzende, Rittergutsbesitzer Böhm, ein Schreiben des Landstallamtes mit, wonach es in Zukunft nur noch Oldenburger Hengste hält und den Kalblaufschlag Privaten überläßt. Einstimmig wurde beschlossen, das Landstallamt zu ersuchen, daß in Kleppelsdorf ein Hengst schwerer Schläge stehen bleibt. Nach Festsetzung des Jahresprogramms und Erhöhung der Beiträge nahm Herr Gerichtsrat Dr. Schaller das Wort zu seinem Vortrage „Nationale Erziehung“. Andere jetzige Lage ähnelt, so sagte in großen Zügen zusammengefaßt der Vortragende, ganz der Preußen-Deutschlands im Anfange des vorigen Jahrhunderts. Dort wie hier derselbe übermäßige Siegeswille der Feinde, Gebietsabtretungen, Besatzungen und Kontributionen. Nur rüttelte der Zusammenbruch des Vaterlandes das Volk damals auf. Männer wie Stein, Scharnhorst, Gneisenau erlaubten dem jährlingenden Volke und Nichtes Erfindungsrede der Berliner Universität 1810 gipfelte in dem Satze, der Staat muß an innerer Erstarbung ersehen, was wir außen verloren haben. Dasselbe Motiv müsse auch den Wiederaufbauarbeiten in der Jetztzeit vorangestellt sein. Nicht Trauern und Klagen über Verlorenes sei deutsche Art, sondern zielbewusste Arbeit für eine geistige Erneuerung. Unser aller Aufgabe müsse deshalb bis auf weiteres zunächst eine erzieherische sein, auch wir müßten an inneren Kräften ersehen, was wir an äußeren verloren haben. Der Herr Vortragende ging in seinen weiteren Ausführungen ausführlich auf die Folgen der Revolution ein und rechnete scharf mit der verhängnisvollen Herrschaft des Judentums ab. Lösung von allen fremdländischen Einflüssen und die Wiederaufrichtung des nationalen Gedankens seien die Voraussetzungen für eine Wiebergeburts, für den Wiederaufbau. Wir brauchen einen Geist, der Verständnis hat für die Not der anderen Volksgenossen und Gottesgerechtigkeit mehr wie je. Die Schule soll in erster Linie starke Persönlichkeiten heranzubilden und für das Leben erziehen. Folgte auf Jena ein Leipzig, auf Auerstädt ein Waterloo, so könne das deutsche Volk auch jetzt nicht untergehen, wenn es aus seiner Geschichte lernt. Mögen wir auch das Lachen verlernen, derweil wir brauchen wir deshalb nicht. — Reicher, nicht endenwollender Weifall folgte den Ausführungen und Herr Böhm brachte anschließend noch besondere Worte des Dankes zum Ausdruck.

— **Der Zweigverein Wilsdruff der Sächsischen Hochschule** hält als solcher erstmalig am Sonnabend seine Hauptversammlung ab, in der u. a. die Auflösung als Zweigverein des Landesverbandes zur Beschlussfassung steht. Alle Freunde und Gönner der edlen Sache sind herzlich dazu eingeladen. (Vgl. Inf.)

— **Auflösung der Zuderverteilungsstelle.** Mit Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Zuders hat die Zuderverteilungsstelle für Sachsen, G. m. b. H., in der zusammengeschlossen der sächsische Zudergröhandlung sich selbst zum Hauptträger der öffentlichen Bewirtschaftung gemacht hatte, ihre Tätigkeit eingestellt. Es muß rückhaltlos anerkannt werden, daß diese Stelle während der 5-jährigen Tätigkeit ihre Aufgabe in muster-gültiger Weise gelöst hat. So schwierig die Verhältnisse waren, die sie zu verarbeiten hatte, und so gering die Mengen, die zur Verfügung standen, so hat sie doch bewirkt, daß bei der Verteilung in Sachsen niemals Störungen eingetreten sind und der verfügbare Zuder der Bevölkerung jederzeit ohne Verzögerung zugeführt worden ist.

— **Das sächsische Wirtschaftsministerium** über die Kartoffel-lieferungen der Landwirte. Im Rechtsausschusse des Landtages wurde am Mittwoch u. a. auch über einen Antrag der Kommunisten, auf Maßnahmen zur Regelung der Kartoffelbelieferung beraten. Mit Ausnahme der Antragsteller waren alle anderen Parteien der Auerzeugung, daß der Antrag unmöglich und unangenehm ist. Bemerkenswert waren die Ausführungen, die bei dieser Gelegenheit Wirtschaftsminister Hellisch über die Kartoffelbelieferung unserer Bevölkerung durch die sächsische Landwirtschaft machte. Er betonte besonders, daß die sächsische Landwirtschaft in anerkannter Weise schnell und reichlich Kartoffeln geliefert haben und daß die Lieferungen diesach auch zu teilweise erheblich ermäßigten Preisen erfolgt sei. Die Kartoffelabgabe sei fast so allgemein erfolgt, daß bei den sächsischen Landwirten nichts mehr zu holen sei. Das was jetzt noch fehle, müsse von auswärts kommen und hier sei zunächst das starke Frost-wetter und im übrigen der große Eisenbahnwagenmangel das Hindernis, dem es zuzuschreiben sei, wenn die Kartoffelbelieferung der gesamten Bevölkerung noch nicht in dem wünschenswerten Maße möglich gewesen ist.

— **Die Beihilfen für die Kleinrentner.** Im Haushaltsaus-schuss A des Landtages wurden am Mittwoch die für einmalige Beihilfen an notleidende Kleinrentner ausgesetzten 5 Millionen Mark gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt und dann die Höhe beraten, nach denen die Verteilung erfolgen soll. Es liegen rund 30 000 Gesuche vor. Bedacht werden sollen Einzelpersonen, deren Einkommen nicht über 2500 M., und Familien, bei denen das Einkommen 4000 M. nicht übersteigt, mit einmaligen Beträgen von 140 bzw. 200 M.

— **Eisenbahngüterverkehr.** Annahmestelle für die Bahnhöfe Weener und Wände ist aufgehoben; die Bahnhöfe Altenburg, Ort und Uebergang und Weithen (Oberschl.) sind für Frachttüchtig gesperrt.

— **Rachlösen der Sparkraft in Sachsen.** Im dritten Vierteljahr 1921 sind bei den sächsischen Sparkassen 349 Millionen Mark eingezahlt und 274 Millionen Mark ausgezahlt worden gegen 361 bzw. 240 Millionen Mark im zweiten Vierteljahr 1921 und gegen 393 bzw. 228 Millionen Mark im dritten Vierteljahr 1920. Die Sparkraft läßt also andauernd nach. Der Einzahlungsüberschuss hat sich in einem Jahre um über die Hälfte vermindert, teils infolge der Verteuerung der Lebenshaltung,

teils infolge der Konjunkturverlust und der Kaufkraft der Bevölkerung.

— **Kriegsdenkmünzen — Vereinsabzeichen.** Das Reichswehrministerium hat bestimmt, daß die Kriegsdenkmünzen des Reichsbundes, der deutschen Landeskriegerverbände und des Verbandes national gesinnter Soldaten eine Privatangelegenheit dieser Verbände darstellen und daher mangels eines amtlichen Charakters nur als Vereinsabzeichen anzusehen sind.

— **Weihnachtspakete.** Mit Rücksicht auf den gesteigerten Paketverkehr in der Weihnachtszeit wird dringend empfohlen, Weihnachtspakete, namentlich nach entfernteren Orten, nicht erst in den letzten Tagen vor dem Feste, sondern möglichst zeitig abzugeben, weil sonst keine Gewähr für rechtzeitige Zustellung besteht. Auch liegt es im Interesse der Absender, die Pakete in den Vormittags- oder Mittagsstunden aufzuliefern, weil um diese Zeit die Schalter nicht so belastet sind wie in den Spät-Nachmittagsstunden und die Abfertigung infolgedessen ohne Zeitverlust glatt und rasch vor sich geht.

— **Freital.** Vier der Banditen, die den Raubüberfall auf die Beamten der Siemensschen Glasfabrik verübten, wurden in einer Berliner Kaskemne festgenommen und haben bereits ein Geständnis abgelegt. Der Anführer der Verbrecherbande ist der langgesuchte Hölzl aus Coschütz, der seinerzeit auch am Deubener Bankraub beteiligt war. Die Namen der drei anderen Räuber sind noch nicht bekannt. Wie angenommen wurde, haben sich die Verbrecher nach Begehung der Tat nach Weigitz in den Wald begeben, wo sie die Verfolgung beobachteten konnten. Nachdem sie sich bis zum Abend im Walde aufgehalten hatten, haben sie sich nach Pöschel begeben und sind von dort aus über Dresden nach Berlin gefahren, wo sie in einer Kaskemne festgenommen wurden. Bei ihrer Verhaftung fand man noch eine Tasche mit 86 000 M. Der fünfte Verbrecher, der, wie die Vernehmung der beiden Beamten ergeben hat, derjenige ist, der den Beamten Pfeffer in die Augen streute, ist leider entkommen. Die Annahme, daß dieser fünfte Räuber der gesuchte Kommunist Plattner ist, ist, wie die Berliner Kriminalpolizei mitteilt, irrig, da Plattner an einer anderen Sache beteiligt sein soll.

— **Burgstädt.** Die Stadtverordneten nahmen einen Dringlichkeitsantrag an, den bürgerlichen Stadtverordneten wegen Nichtausübung ihrer Mandate Strafauf-lagen zugeben zu lassen. Der Rat hat dagegen die Auflösung des Stadtverordnetenkollegiums beim Ministerium beantragt.

— **Johanngeorgenstadt.** Der Besitzer des weit und breit und allen Besuchern der hiesigen Gegend bekannten Gasthauses Dreckschänke an der Straße nach Platten im böhmischen Orte Breitenbach, Richard Weidert, ist im Alter von erst 44 Jahren infolge Blutergießung gestorben. Er war wohl einer der tüchtigsten und beliebtesten Wirte des Erzgebirges.

— **Dobenstein-Ernstthal.** Der kurz nach Beendigung des Krieges wieder ausgenommene Silberbergbau ist nunmehr endgültig eingestellt worden, da die Ergebnisse einen weiteren Abbau unlohnend erscheinen lassen.

— **Bad Lausitz.** 130 Herren haben sich um die am 1. Januar 1922 neu zu besetzende Bürgermeisterei stelle beworben. Hundert Verwaltungsbeamten stehen 30 Akademiker gegenüber.

Aus dem Gerichtssaal.

— **Schwurgericht Dresden.** Meineid bildete das Delikt der zweiten Verhandlung der letzten diesjährigen Tagung des Schwurgerichts. Sie richtete sich gegen den 62 Jahre alten, aus Wilsdruff gebürtigen früheren Gürtler, jetzigen Kantinenwirt Richard Ernst Hartmann. Diesem Angeklagten wurde zur Last gelegt, daß er am 26. August vor dem Amtsgericht zu Dresden in einem Prozeß wegen Unterhaltsbeiträge der Wahrheit zuwider beschworen habe, er sei mit einer Klägerin nie in gewissen Sinne verkehrt. Staatsanwalt Dr. Kuhn vertrat in dieser Strafsache die Anklage, als Verteidiger war Rechtsanwalt Andreas erschienen. Nach dem Wahrheitspruch der Geschworenen hat Angeklagter bei jener Eidesleistung fahrlässig gehandelt, er kam demnach mit nur sechs Monaten Gefängnis davon, während bei Meineid sonst auf Zuchthaus erkannt werden mußte.

Tägliche Rundschau

Unabhängige Zeitung für nationale Politik

Berlin SW. 68.

Große politische Tageszeitung
auf bewußt deutschem Boden stehend

mit

Unterhaltungsbeilage für die Gebildeten aller Stände:
erscheint täglich im Abendblatt;
Deutsche Industrie und Technik (technische Beilage) erscheint jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat, reich illustriert im Umfang von mindestens acht Seiten;
Vollständiges Kursblatt mit Vergleichskursen im Abendblatt;
Ausführlicher Handelskalkül, ebenfalls täglich;
Film-Rundschau, einmal wöchentlich, Sonntags;
Hochschule, Erziehung und Unterricht, wöchentliche Beilage, erscheint vorerst jeden Donnerstag.

Bezugspreis frei Haus monatlich M. 15.—, vierteljährlich M. 45.—. Der erste Monat wird zur Probe zum Vorzugspreis von M. 12.— frei Haus geliefert. Bestellungen für den Probemonat sind nur an die Vertriebsabteilung der Täglichen Rundschau, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 5/6, zu richten.

Blütchen

Milseer, Posteln, sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten und Haut-machlägen verschwinden beim täglichen Gebrauch der echten

Steckenpferd-Teerschwefel-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul.
Zu hab. 1. G. Apoth., Drog. u. Parfümerie.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags anzugeben.

Wasserdichte Planen und Pferdedecken, Säcke aller Art, Hochhandtücher,

Schneeruck, Strohsäcke

Wollbekleidung, Drelle,

Impt. Mass. Fabriklager von Herren- u. Damen-Stoffen

Oskar Böhlend Nachf. Meitzen rechts, Borbrückerstr. 26, n. Bahnhof.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt

vom Sächsischen Ministerium der Justiz zur Annahme von Kündelgeldern im Falle des § 1808 des B. G. B. ermächtigt.

Aktienkapital: 160 Millionen Mark - Reserven: rund 80 Millionen Mark.

**Eröffnung von Scheck-Konten und laufenden Rechnungen.
Annahme von Bar-Einlagen zur Verzinsung gegen kürzere und längere Kündigungsfristen.
An- und Verkauf, Beleihung und Verwaltung von Wertpapieren.
Neuzeitliche Stahlkammer mit vermietbaren Fächern aller Grössen.
Besorgung aller sonstigen bankmässigen Geschäfte.**

**Freital-Potschappel, Tharandter Strasse 13
(Goldener Löwe)**

Fernruf Nr. 111 u. 94, Amt Freital.

**Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Zweigstelle Plauenscher Grund.**

Kassenstunden: 9-1 Uhr.

Western mittag 12 Uhr verschied sanft nach
schwerem Leiden an ihrem 67. Geburtstage unsere
liebe Mutter und Grossmutter

Frau Louise Riegel

geb. Röcher.

Grumbach, 15. Dezember 1921.

Die tieftrauernden Kinder.

Die Beerdigung findet Sonntag 2 Uhr vom
Trauerhause aus statt.

Einen Posten

Stangenleinen

6/4 und 9/4 breit

prima Qualität, ist eingetroffen.

Billigste Preise im Schaufenster.



Wäschehaus Wobst, Meissen

Fleischergasse.

Sächs. Fechtschule, Zweigv. Wilsdruff

Sonnabend d. 17. Dez. abends 8 Uhr im „Weissen Adler“
außerordtl. Jahreshauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorsitzenden über 1921. 2. Auflösung des
Zweigvereins Wilsdruff der „Sächsischen Fechtschule“.
Hierzu sind alle Vorstandsmitglieder, die Inhaber der Fecht-
karten sowie alle Freunde und Gönner des Vereins herzlich
eingeladen. 1144 Der Gesamtvorstand. Kunze, Vors.

Zur Stollen-Bäckerei

empfiehlt hochfeines ergiebiges

Kaiser-Auszug-Weizenmehl

Prima weißes Weizenmehl

sowie sämtliche Backartikel

zu anerkannt billigen Preisen

Alfred Piehsch.

Dank.

Nachdem wir die irdische Hülle unserer teuren,
unvergesslichen Mutter, Groß- und Schwieger-
mutter, Tante und Schwester, der

**Frau Auguste
Emilie verw. Hengschel**

geb. Schramm

zur letzten Ruhe gebettet haben, drängt es uns,
allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten
für die herrlichen Blumenpenden, das so ehren-
volle Geleit und die erhebenden, trostreichen
Worte und Gesänge am Grabe hierdurch unsern
tiefempfindlichsten Dank auszusprechen.

Dir aber, liebe Entschlafene, rufen wir ein
„Gute Nacht“ und „Ruhe sanft“ in Dein
stillen Grab nach.

Weistropp, am 15. Dezember 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Zigarren

in Weihnachtspackungen zu

20, 25, 50 und 100 Stück,

Zigaretten

in allen Preislagen von den besten Fabriken,

Tabak

Grob-, Mittel- u. Feinschnitt

kaufen Sie vorteilhaft im Spezialgeschäft von

Max Berger

vormalig Th. Goerne.

Fernruf 4.

1193

Dresdner Strasse 61.

Halt!

Wo kauft man billig u. gut?

Bei Fritzsche in Dresden-Löbtau,

Grumbacher Strasse 20 pt. (ab Burgstraße)

(Rein Laden)

Feldgrane Hosen und Joppen, Samtporthosen,
gestreifte und Stoffhosen, Schlofferanzüge, Leder-
hosen, Kinderanzüge in Stoff und Samt, Anzüge,
Mäntel, Winterjoppen usw.

Geschenke

in grosser Auswahl und allen Preislagen.

Bruno Klemm,

Buch-, Papier-, Galanteriewaren.

Oswald Mensch Nachf.

Inh.: Emil Mensch

Rossschlächterei, Pferdegeschäft u. Speisewirtschaft

Potschappel, Turnerstrasse 10

Kernsprecher Amt Deuben 735

Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

Die älteste Rosschlächterei

Speisewirtschaft und
Pferdegeschäft
im Plauenschen Grund

Inhaber:

Kurt Siering, Freital-Potschappel

Tharandter Str. 25 Fernruf Amt Deuben 151

kauft lauf. Schlachtpferde zu allerhöchst. Preisen.

Bei Unglücksfällen mit Transportgefährt sofort zur Stelle

Feinste Weizenmehle

sowie

sämtliche Backartikel

Arrak Rum Rognak

Rotweinpunsch

Echten Stonsdorfer Feinsten Eier-Likör

Monopolbranntwein

Tabak, Zigarren, Zigaretten

empfehlen

Fa. Hugo Busch.

Noch sehr preiswerte
Zigarren

als Weihnachts-
geschenke empfiehlt

Arthur Ambos

Grumbach.

Großgebrauchter, guterh.

Grundofen

(Schulofen) und gebrauchter

Kanonnenofen

zu verkaufen

Schule Helbigsdorf.

Kiefernnes
Brennholz

in großen und kleinen Posten
gebe noch billigt ab. Ge-
pfehle sofortige Einkleidung
wegen Preiserhöhung.

Rich. Edelst, Wilsdruff.

Guterhaltener

Herrenpelz

mit Schaffutter, Bisambesag,
(größere Figur), zu verkaufen.
Rüschnermstr. Springstee.

Ein schwarzer Hund

auf Namen „Troll“ hörend

entlaufen. Abzugeben bei

Dtto Schumann, Kaufbach.

**Weihnachts-
Anzeigen**

sollten immer das besondere Augenmerk
der Leser auf sich wenden. Das wird
aber nur durch eine sorgfältige Sach-
ausführung erreicht und diese Sorgfalt
kann nur angewandt werden, wenn
geschätzte Inserenten die für die Sonn-
tagsnummer bestimmten Anzeigen uns
inige Tage vor dem Erscheinen bringen.

**Die Geschäftsstelle
d. Wilsdruffer Tageblattes**